

Vorschläge aus den Hinterhöfen

Kritik an der Senatspolitik ist notwendig und gerechtfertigt

Anlass für diesen Beitrag sind die Artikel in der letzten Ausgabe der hlz unter der Rubrik ‚Flüchtlinge 2 und 3‘. In beiden Artikeln werden Bürgerinitiativen der Stadt für ihre Kritik an der Senatspolitik in der Flüchtlingsfrage pauschal der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus verdächtigt. Ich werde mich mit den einzelnen Aussagen hier nicht auseinandersetzen. Diese Beiträge in meiner Gewerkschaftszeitung haben mich schwer enttäuscht. Der Bezug zu damit verbundenen gewerkschaftlichen Themen, wie die Lage der Stadtteilschulen und Problemlagen der Inklusion, wird nicht hergestellt. Und ich sehe mich in meinem gesellschaftlichen Engagement angegriffen, das ich auch außerhalb meiner Mitgliedschaft in der GEW ausgeübt habe und ausübe. Ich bin nicht der einzige Gewerkschafter unter den Aktivist_innen vor Ort.

Eine große Anzahl von Bürgerinitiativen und ihr Dachverband ‚Initiativen für Integration‘ (IFI) fordern als Alternative zu großen Flüchtlingsunterkünften mit bis zu mehreren tausend Personen die gleichmäßige und damit gerechte Verteilung der zu uns geflüchteten Menschen auf alle Teile der Stadt – auch nach Blankenese! Diese Zielsetzung stärkt die Willkommenskultur vor Ort, erleichtert Aufnahme und Unterbringung und liegt damit im Interesse aller Beteiligten – der ansässigen Bevölkerung und der Flüchtlinge! Über alle diese Vorschläge kann man unterschiedlicher Meinung sein und das auch in kontroverser Debatte austragen. Dazu haben die o.g. Beiträge keinen Beitrag

geleistet.

Ich habe vor einem halben Jahr die Initiative ‚Flüchtlinge in Eppendorf‘ mitgegründet, nachdem eine geplante Erstaufnahmeeinrichtung im Stadtteil nicht zustande gekommen ist. In unserem Internetauftritt heißt es dazu: „Die Initiative ‚Flüchtlinge in Eppendorf‘ hat sich mit dem Ziel gegründet, Flüchtlingen in unserem Stadtteil eine menschenwürdige Unterkunft zu verschaffen.“ Dazu haben wir Vorschläge für eine kleinteilige Unterbringung im Stadtteil entwickelt.

Kurz darauf sind wir von dem Plan der Bezirksverwaltung überrascht worden, dass am Rande des Stadtteils in einem Gewerbegebiet eine Flüchtlingsunterkunft für rund 2.500 Menschen geschaffen werden soll.

Auch in unserer Initiative wird über die möglichen Alternativen diskutiert. Niemand käme aber auf den Gedanken, dem jeweils anderen in der Art und Weise Motive zu unterstellen, wie das in den o.g. Artikeln in der hlz geschehen ist.

Worum geht es in der Debatte um die Flüchtlingsfrage in Hamburg?

Die Stadt steht vor der Herausforderung, eine große Anzahl von Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten in kurzer Zeit aufzunehmen und menschenwürdig unterzubringen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen (ZEA) gelingt das nur sehr eingeschränkt. Der Senat hat wegen der Olympiabewerbung zu spät auf die Herausforderungen reagiert. Die bisher von der Stadt getroffenen Maßnahmen werden bei Kritik an den Verhältnis-

sen in einzelnen Einrichtungen gesellschaftlich breit getragen. Das gilt auch für den Dachverband der Initiativen für Integration (IFI), der die Verpflichtung Hamburgs zur Aufnahme des auf die Stadt entfallenen Kontingents an Flüchtlingen in vollem Umfang teilt. Das schließt eine kritische Haltung gegenüber den weiteren Entscheidungen zur Flüchtlingspolitik in Hamburg jedoch nicht aus.

Diese Beiträge in meiner Gewerkschaftszeitung haben mich schwer enttäuscht. Der Bezug zu damit verbundenen gewerkschaftlichen Themen, wie die Lage der Stadtteilschulen und Problemlagen der Inklusion, wird nicht hergestellt

Das Konzept des Senats für die Folgeunterbringung

In der öffentlich-rechtlichen Folgeunterbringung (örU) in den vom Senat geplanten ‚Expressbauten‘ sollen die Flüchtlinge nach Anerkennung ihres Status eine zweite Bleibe finden. Ende 2015 sind die Bezirke angewiesen worden, je 800 Wohnheiten möglichst konzentriert bereit zu stellen. Jede Einheit soll mit mindestens 5 Personen belegt werden (= 4.000 Personen). Die meisten dieser Einrichtungen werden nach den Ausnahmebestimmungen des § 246 Baugesetzbuch auf Flächen errichtet, auf denen Wohnungsbau nach Planungsrecht nicht gestattet ist (u.a. Gewerbeflächen, Natur-

und Landschaftsschutzgebiete). Nach einer Zeitspanne von 2-3 Jahren sollen die Bewohner_innen in Wohnungen auf dem (freien?) Wohnungsmarkt wechseln. Nach der vertraglich geregelten Frist von 15 Jahren kann der private Investor die erstellten Wohnungen frei vermarkten (hier: Präsentation von fördern&wohnen für die Osterfeldstraße in Eppendorf).

Das Konzept des Senats wird gegenüber der Öffentlichkeit wegen des zeitlichen Drucks und nicht vorhandener Flächen als ‚alternativlos‘ hingestellt. Die Erstellung und der Bezug der ‚Expressbauten‘ wurde für Ende 2016 in Aussicht gestellt. Jetzt wird von Mitte/Ende 2017 gesprochen. Zu den Flächen im Bezirk Nord liegt seit Mitte Februar eine Antwort auf eine Kleine Anfrage der bezirklichen CDU-Fraktion vor, in der mitgeteilt wird, dass sich allein im Bezirk Nord 489 freie Flächen größer als 1 ha im Besitz der Stadt befinden, ohne Spiel- und Schulflächen. Sowohl das Zeit- als auch das Flächenargument, die für die Großunterkünfte angeführt worden sind, sind damit nicht mehr haltbar.

Vorschläge und Alternativen von Bürgerinitiativen

Gegen dieses Konzept von Senat und Bezirken hat sich vor allem dort Widerstand aus dem Kreis der Anwohner_innen entwickelt, wo Einrichtungen mit einer großen Anzahl von Bewohner_innen geplant sind, häufig in direkter Nachbarschaft zu schon bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen. Würde dies Konzept umgesetzt, würden 80 Prozent der Flüchtlinge in 30 Prozent der Hamburger Stadtteile untergebracht. Ein Fünftel der 104 Stadtteile hat bisher gar keine Flüchtlinge.

Dazu kommt, dass der Senat bisher bei Aufnahme und Unterbringung nur in der Kategorie ‚Gebäude‘ plant. Alle nachfol-

genden Herausforderungen, die man unter dem Begriff ‚Integration‘ fassen kann, bleiben außen vor.

„Menschen und nicht Flächen integrieren Menschen“. Mit dieser Aussage wird gefordert, dass sich alle Maßnahmen der Frage stellen, wie die Geflüchteten und ihre Kinder einen Weg in unsere Gesellschaft finden. Das fängt mit dem Erwerb der Sprache an, setzt sich im Besuch von Kita

Mit dem Misstrauen gegenüber ihren Bürger_innen läuft die Stadt Gefahr, dass die positive Haltung zu Aufnahme und Integration der Geflüchteten nachhaltig beschädigt wird

und Schule fort und findet einen Abschluss mit einer/m erfolgreichen Berufsausbildung/Studium und einem Beruf, der materielle Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben ist. Darüber hinaus geht es um gute Nachbarschaft, Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und Teilhabe am öffentlichen Leben.

Jede einzelne Maßnahme in diesem Prozess erfordert eine passende lokale Infrastruktur, die dieser Herausforderung gewachsen oder entsprechend erweitert werden muss. Für die frühkindliche Erziehung und die Grundschule heißt das, dass die Flüchtlingskinder in schon bestehende Einrichtungen/Schulen vor Ort aufgenommen werden, damit sie von Anfang an mit den einheimischen Kindern gemeinsam aufwachsen und lernen können. Entsprechende Anforderungen sind für den weiteren Bildungsweg zu stellen. Der Gewerkschaftstag der GEW Ende April hat die Forderung aufgestellt, dass die Flüchtlingskinder gleichmäßig auf alle Schulen der Stadt verteilt werden, auch auf die Gymnasien. Das kann

aber nur bedeuten, dass auch die Familien gleichmäßig über alle Stadtteile verteilt untergebracht werden. Das ist die zentrale Forderung der Initiativen im Dachverband IFI.

Ähnliche Herausforderungen stellen sich für die anderen Lebensbereiche. Insbesondere für die ca. 40 Prozent alleinstehende Flüchtlinge ab 19 Jahren. Die Stadtteile mit großen Unterkünften, wie z.B. in Eppendorf, werden nicht in der Lage sein, die Bedürfnisse einer so großen Personengruppe an Freizeitgestaltung, Sport und Teilhabe am kulturellen und öffentlichen Leben abzudecken. Auch diese Konstellation spricht dafür, dass die Potentiale und Ressourcen der ganzen Stadt für Unterbringung und Integration genutzt werden.

Zu all diesen Fragen gibt es für die geplante Einrichtung in Eppendorf bisher keine Auskünfte seitens Stadt, Bezirk und Betreiber. Das hindert die Bezirksamtsleitung aber nicht, von den Bewohner_innen des Stadtteils bürgerschaftliches Engagement für den Betrieb der Einrichtung einzufordern.

Bürgerbeteiligung als Schlüssel für gelingende Integration

Senat und Bezirke versuchen mit ihren Planungen, an den Bürger_innen in den Stadtteilen vorbei Fakten zu schaffen, ohne die Menschen vor Ort an diesen Entscheidungen zu beteiligen.

Aus meinen Erfahrungen der letzten Jahre in Bürgerinitiativen im Bezirk Nord spricht vieles dafür, den Planungen der Stadt in Fragen von Stadtentwicklung und Wohnungsbau eine gehörige Portion Skepsis entgegen zu bringen. In Hamburg Nord sind in den letzten Jahren mehrere erfolgreiche Bürgerentscheide vom Senat evoziert oder durch Weisungen des Senats außer Kraft gesetzt worden (Langenhorn 73, Schwimmbad Ohlsdorf, so genanntes ‚Pergolenviertel‘).

Leider folgen die Entscheidungen über die Unterbringung von Flüchtlingen diesem Muster. Mit dem Misstrauen gegenüber ihren Bürger_innen läuft die Stadt Gefahr, dass die positive Haltung zu Aufnahme und Integration der Geflüchteten leichtfertig und nachhaltig beschädigt wird.

Die Herausforderungen der Flüchtlingsfrage müssen so angegangen werden, dass die Bedürfnisse der Geflüchteten und die legitimen Interessen der Bevölkerung gleichermaßen beachtet werden. Wird hier keine Übereinstimmung hergestellt, wird es in den betreffenden Wohngebieten auch in Zukunft nur schwerlich zu einem zugewandten nachbarschaftlichen Verhältnis zwischen den alten und den neuen Bewohner_innen kommen.

Im Idealfall werden die Bewohner_innen der Orts- und Stadtteile zu Akteuren des Integrationsprozesses, indem sie Aufnahme und Integration der Geflüchteten zu ihrer Aufgabe machen. Das kann aber nur dann gelingen, wenn die Menschen vor Ort an Planung und Durchführung von Unterbringung und Integration gleichberechtigt beteiligt werden.

Und um was geht es in der Debatte nicht?

Zu all den aufgeworfenen Fragen wünsche ich mir eine engagierte Debatte in der Stadt – und auch in der h!z! Und bei allem Respekt vor der gesellschaftlichen Brisanz: Auch zu diesem Thema ist eine kritische Position gegenüber den Planungen und Maßnahmen des Senats möglich und notwendig. Dazu ge-

hören auch die Instrumente der Volksgesetzgebung wie Bürgerbegehren und Volksentscheide. Die Nutzung dieser Instrumente der politischen Willensbildung hat nichts mit einer ‚Spaltung der Gesellschaft‘ zu tun. Es findet dadurch auch keine ‚Abstimmung über das Grundrecht auf Asyl‘ statt. Und wenn Olaf Scholz in der letzten Woche in einem Publikumsgespräch im NDR das Motiv ‚not in my backyard‘ (NIMB) unterstellt, dann soll das allein seine Politik rechtfertigen, sagt aber nichts über die Motive der Bürgerinitiativen, die sehr wohl Vorschläge für ihre jeweiligen ‚Hinterhöfe‘ machen.

Zurück zu meinem Tätigkeitsfeld vor Ort: Vom Bezirksamt Hamburg Nord gibt es seit Anfang November keine Antwort auf unsere Vorschläge zur Unterbringung von Flüchtlingen im

Bereichernde Arbeit

Zum Artikel „Doppelte Freude“ von Uwe Kuvert der BGH Ruheständler_innen in h!z 3-4/ 2016

Den Appell von Uwe Kuvert kann ich nur bekräftigen. Zunächst ehrenamtlich und später im Rahmen eines Lehrauftrags mache auch ich nur positive Erfahrungen bei der Arbeit mit Jugendlichen, Flüchtlingen und Flüchtlingen im jungen Erwachsenenalter. An einer Hamburger Berufsschule unterrichte ich VJM bzw. AVM-Klassen und freue mich, welche schnellen Fortschritte viele machen – auf Grund ihrer Neugierde auf Deutschland und der Zielgerichtetheit, in Deutschland auch beruflich Fuß zu fassen.

Ich empfinde es als sehr bereichernd, aus erster Hand authentisch – und nicht nur aus Medien – etwas über Motive und Wege, die diese Menschen zu uns geführt haben, zu erfah-

ren, und das, was ich Jahrzehnte lang gelernt habe, anderen zugute kommen lassen zu können. Sicher gehe ich auch manchmal bedrückt nach Hause, wenn ein_e Schüler_in plötzlich nicht mehr in der Schule erscheint, weil er/sie z. B. abgeschoben wurde oder auf Grund traumatischer Erkrankung eine „Schulpause“ einlegen muss.

Mich empört allerdings, welche zusätzliche Belastung das HIBB Vollzeitlehrer_innen zumutet, indem diese z. B. Alphabetisierungsklassen ohne Teilungsunterricht in einem völlig neuen Erfahrungsfeld betreuen und unterrichten müssen. Hoch motiviert steigen die Kolleg_innen in ihre neue Aufgabe ein, hoher Zeitaufwand für notwendige Fortbildungen

und Kommunikationsbedarf von Betreuer_innen von außen produziert zusätzlichen Stress, den Lehrkräfte, die ihre Aufgaben ernst nehmen, ohnehin schon im Überfluss haben. Das berüht-berüchtigte Hamburger Arbeitszeitmodell ist eben auch hier kontraproduktiv.

Nun, Ruheständler_innen haben es diesbezüglich entspannter. Sie können weitgehend selbst vorgeben, in welchem Umfang sie wann ihr Engagement einbringen wollen, sie finden hier eine Aufgabe, die auf viel Zustimmung bei den Schüler_innen stößt, die authentische Einblicke in die herausfordernde Flüchtlingsproblematik verschafft und die ihnen die Möglichkeit bietet, ihre erworbenen und lange praktizierten Kompetenzen engagiert einzubringen.

Versucht's doch einfach mal, wenn ihr euch angesprochen fühlt!

ANNE KREYMANN
annekreymann@t-online.de